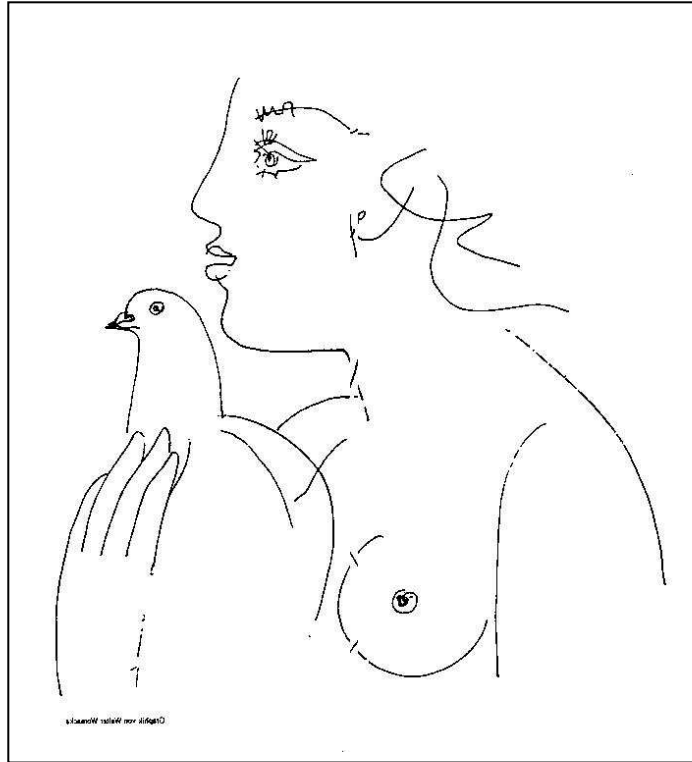


Nr. 153



Antisowjetismus Wegbereiter des Zweiten Weltkrieges

Eine Dokumentation

Prof. Dr. Georg Grasnack

Redaktionsschluss: 30.9. 2014

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55
Email: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Der Erste Weltkrieg endete mit der militärischen Niederlage des kaiserlich- imperialistischen Deutschland. Der Kaiser mußte gehen. Doch die Generäle, die Kanonenfabrikanten und die Junker blieben an der Macht. Und mit ihnen blieb das Hegemoniestreben des deutschen Großkapitals. Revanche für die erlittene Niederlage stand auf dem politischen Programm der rechtskonservativen, nationalistisch- völkischen Kräfte. Die im Krieg entwickelte Massenpropaganda für die „Vaterlandsverteidigung“ schaltete nun auf Kampf gegen den Versailles Diktat - Frieden. Sie wurde unteretzt durch die Forderung nach „Gleichberechtigung Deutschlands“ und dem Verlangen nach Weltgeltung. Der Traum vom „Platz an der Sonne“, mit dem man in den Krieg gezogen war, galt keineswegs als ausgeträumt. Das musste die Widersprüche zwischen imperialistischen Konkurrenten anheizen.

Die westlichen Siegermächte setzten alles daran, diesen deutschen Expansionsdrang nach Osten, . gegen die mit der Oktoberrevolution Staat gewordene Alternative zum kapitalistischen System zu lenken und sie fanden dabei Unterstützung bei den reaktionären deutschen Eliten. Dabei gingen Antikommunismus und Antisowjetismus eine für die Geschichte unheilvolle Symbiose ein, die zu einem wichtigen Wesensmerkmal bürgerlicher Herrschaftsideologie wurde.

Sie war schon bei der Intervention von 14 imperialistischen Mächten gegen die junge Sowjetmacht zum Tragen gekommen. Der „Bolschewismus“ müsse „bereits in der Wiege erwürgt werden“, hatte Churchill seinerzeit als konservativer britischer Marineminister verlangt. Deutschland hatte sich dabei als militaristischer Vorreiter hervorgetan. Es nutzte die zeitweilige Unterbrechung der Brester Friedensverhandlungen aus, um mit einer vom kaiserlichen Generalstab eingeleiteten Offensive große Teile Russlands zu okkupieren. In Kiew wurde mit deutscher Unterstützung die ukrainische Rada geschaffen. Die Ukraine wurde von Russland abgetrennt. Erst nachdem die Rote Armee geschaffen worden war, konnten in jahrelangen opferreichen Kämpfen die konterre-

volutionären Kräfte geschlagen und die Interventen aus dem Land vertrieben werden.

Antisowjetismus als ideologisches Scharnier

Im Laufe der 1920er Jahre wurde die Entschlossenheit der herrschenden Kräfte in der Weimarer Republik zu einem neuen Versuch der Welteroberung immer deutlicher. Das kam den stockreaktionären politischen Eliten vor allem der USA, Großbritanniens und Frankreichs entgegen, die – wie die deutsche – von Antisowjetismus geprägt. Sie richteten ihre strategischen Überlegungen darauf, den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion zu lenken. Begleitet wurden diese Bestrebungen von einer anhaltenden, antisowjetischen Hetzkampagne und Hetzjagd.

„Der Verdacht, dass der Bolschewismus jüdischen Ursprungs sei, wurde in ganz Westeuropa und in den Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg zu einem ‚Gemeinplatz der konservativen Kultur‘“, konstatiert Wikipedia.¹ In den USA behauptete Konzernchef Henry Ford, „der russische Bolschewismus und seine Ableger in den amerikanischen Gewerkschaften seien in ihrem Wesenskern jüdisch.“²

Verbreitet wurde die These einer „jüdischen Weltverschwörung“ gegen die „abendländische Kultur“ und die Zivilisation überhaupt. Das Feindbild war umrissen, die Bedrohungslüge in die Welt gesetzt. Dabei versammelten sich im und um den Antisowjetismus alle gegen gesellschaftlichen Fortschritt und die Arbeiterbewegung gerichteten Ideologien – bürgerlich – kapitalistische, Antibolschewismus, Antisemitismus, Radikalnationalismus, Fremdenhaß und ähnliche Richtungen.

1920 griff Churchill die These von der „Weltverschwörung“ auf. Sie sei historisch gewachsen, behauptete er – über Marx, Trotzki, Bela Kun und Rosa Luxemburg. Als „Verschwörung“ „für den

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Jüdischer-Bolschewismus>

² ebenda

Umsturz der Zivilisation, für die Wieder - Etablierung einer Gesellschaft auf der Grundlage gebremster Entwicklung, mißgünstigen Übelwollens und unmöglicher Gleichheit... und nun hat diese Gruppe außergewöhnlicher Persönlichkeiten das russische Volk bei den Haaren gepackt und ist praktisch der unangefochtene Herr dieses Riesenreiches geworden.“³

In Deutschland hatten faktisch alle Parteien – außer den Kommunisten – den Antisowjetismus auf ihre Fahnen geschrieben. Als Hitler die politische Bühne betrat, konnte er mit seiner ideologischen Position bei den liberalen und nationalistischen Eliten anknüpfen. In „Mein Kampf“ verband er Judenhass und Feindschaft gegen die Sowjetunion: „Im russischen Bolschewismus haben wir den im zwanzigsten Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen.“⁴ Die Bedrohungslüge wurde von ihm auf die Spitze getrieben: „Siegt das Judentum mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totentanz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen.“⁵ Hitler wuchs bei reaktionären Kräften in der westlichen Welt in die Rolle des Befreiers von „kommunistischer Bedrohung“. Er selbst war überzeugt, für solche Mission „von der Vorsehung dazu bestimmt“ zu sein.

Das von den Propagandisten der imperialistischen Westmächte geschaffene ideologische Scharnier – der Antisowjetismus – mit dem die reaktionärsten Ideologien letztendlich zusammenliefen, wurde durch entsprechende politische Schritte ergänzt.

Zielvorgabe: Gen Ostland

US-Vizepräsident Dawes und der britische Schatzkanzler Austin Chamberlain von den Konservativen legten den sogenannten

³ ebenda

⁴ ebenda

⁵ ebenda

Dawes - Plan vor. Mit diesem Plan, der 1924 in Kraft trat, wurden von den Westmächten Maßnahmen eingeleitet, um die „wirtschaftliche Wiederherstellung“ Deutschlands nach der Inflation zu ermöglichen und die Reparationszahlungen zu erleichtern. Die Absicht bestand darin, „das kapitalistische Deutschland mit Hilfe des Dawes - Planes in ein Bollwerk des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion und die revolutionäre Bewegung in Mitteleuropa zu verwandeln.“⁶ Dawes und Stresemann erhielten für ihre Initiative 1925 den Friedensnobelpreis.

Die Stresemann - Regierung, durch die Unterstützung der Westmächte in ihrem antisowjetischen Kurs bestärkt, verlangte „Gleichberechtigung“, da sonst die Gefahr bestünde, daß sich „Deutschland den Sowjets in die Arme werfen könne.“⁷

Wieder sorgten die Westmächte für Klarheit in der geopolitischen Orientierung der Weimarer Regierenden.

Von Großbritannien und Frankreich wurde im Oktober 1925 die Locarno - Konferenz einberufen, an der Belgien, Italien, Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland teilnahmen. Im Ergebnis der Konferenz verpflichteten sich die Teilnehmer zur Unverletzlichkeit der Grenzen der westeuropäischen Anrainer Deutschlands. Die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei dagegen wurden ausdrücklich von solcher Garantie ausgenommen.

Die deutsche Regierung betrachtete den Vertrag als einen Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer alten Machtpositionen.

In einer Erklärung der Konferenz der kommunistischen Parlamentsfraktionen Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Hollands, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei in Brüssel am 12. November 1925 wurde u.a. festgestellt, da „die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten sich immer mehr verschärfen und alle militärischen Großmächte ihre Rüstungen zur Führung eines neuen großen Krieges

⁶ Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Dietz Verlag Berlin 1966, S. 32

⁷ Geschichte der Diplomatie, Dritter Band, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 377

fortgesetzt steigern, dient Locarno keineswegs der Vorbereitung des Friedens, sondern im Gegenteil der Vorbereitung des Krieges.“⁸

Der Nachfolger Stresemanns im Amt, der parteilose, aber der DVP nahestehende Reichskanzler Luther, konstatierte „vorausschauend“, daß „Verträge...verändert (werden), wenn eine neue Machtlage eingetreten ist.“⁹ In Luthers Kabinett saß übrigens erstmalig ein Vertreter der rechtsnationalen Deutsch-Nationalen Volkspartei.

„Der Locarno-Pakt wies dem deutschen Imperialismus bereits 1925 den Weg, die imperialistischen Gegensätze zunächst auf Kosten Polens und der Tschechoslowakei und schließlich auf Kosten der Sowjetunion zu lösen.“¹⁰ Der britische Schatzkanzler Austin Chamberlain feierte Locarno: Es sei eine „Aussöhnung mit Deutschland erfolgt“.¹¹ Die SPD schätzte den Vertrag als Gewinn für Deutschland ein.

Unmittelbar vor der Konferenz hatte Stresemann in einem vertraulichen Brief an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern „drei große Aufgaben“ zur Korrektur der Ostgrenzen genannt: Die ‚Eingemeindung‘ Danzigs ins Reich, einen polnischen Korridor und eine ‚Korrektur‘ der deutsch -polnischen Grenze in Oberschlesien.¹² Er wertete den Locarno - Vertrag als eine Voraussetzung, „auf der sich später einmal die deutsche Lebensmöglichkeit und deutsche Freiheit aufbauen kann.“¹³ Er entwarf die Vision eines künftigen Europa, in dem Deutschland die Hauptrolle spielen würde.

Aufschlussreich ist hier die Übereinstimmung mit dem von Hitler allerdings noch deutlicher vorgetragenen Schlachtruf vom „deutschen Lebensraum“ und den nach einer Ausschaltung der Sowjetunion weiter gesteckten Expansionsvorstellungen. In „Mein

⁸ Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 436

⁹ ebenda, S. 96

¹⁰ ebenda S. 97

¹¹ Geschichte der Diplomatie, a.a.O, ebenda, S. 391

¹² ebenda, S. 376

¹³ ebenda, S. 406

Kampf“ hieß es: „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Er entwickelte damit Vorstellungen für ein weit nach Osteuropa reichendes großdeutsches Kolonialreich: „Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erweiterung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk“. ¹⁴

1926 schrieb eine von der britischen Regierung nach London einberufene Konferenz zum Thema „Die Staaten Europas und der Bolschewismus“ als Ziel fest: „Der Bolschewismus ist zu liquidieren“.

Im gleichen Jahr 1926 kam es zu Geheimverhandlungen zwischen Stresemann und Briand in Thoiry. Sie trafen weitgehende Absprachen. Briand sagte zu, die Rheinlandbesetzung zu beenden, das Saargebiet an Deutschland zurückzugeben und die alliierte Militärkontrolle über Deutschland zu beenden. Diese Absprachen wurden zwar zu dem Zeitpunkt nicht realisiert, leiteten jedoch eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ein. Stresemann und Briand erhielten im gleichen Jahr den Friedensnobelpreis.

1927 provozierte London unter fadenscheinigen Vorwänden den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Eine Gelegenheit für reaktionäre Kräfte in England, zu einem neuen „Kreuzzug“ gegen die UdSSR aufzurufen.

Das deutsche Großkapital und die Nazis fühlten sich von der durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der UdSSR entstandenen angespannten internationalen Lage in ihrem Machtstreben befeuert. Der führende Nazi-Propagandist und Teilnehmer des „Marsches auf die Feldherrnhalle“ Alfred Rosenberg entwickelte den „Deutschen Zukunftsweg“: Ein Programm zur Eroberung von „Lebensraum“ für das künftige „Großdeutschland“. ¹⁵

¹⁴ ebenda, S. 534

¹⁵ ebenda, S. 442

Sowjetfeindliche Provokationen nahmen zu.

Auf einer Geheimberatung in Genf im Juni 1927 wurden von Austin Chamberlain, dem französischen Außenminister Aristide Briand, Stresemann und weiteren westlichen Politikern Pläne für eine Anti - Sowjet - Koalition beraten.¹⁶

Anfang 1930 erfolgte auf der Haager Konferenz durch die Siegermächte eine Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen. Der von der US-Regierung inspirierte Young - Plan löste den Dawes - Plan ab. Unter Berücksichtigung des veränderten Kräfteverhältnisses - der deutsche Imperialismus war wiedererstarkt - wurden die deutschen Reparationszahlungen herabgesetzt und endgültig begrenzt. „Die Reparationskommission und das ausländische Kontrollsystem sowie das im Versailler Diktat festgelegte System von Sanktionen, falls Deutschland den Vertrag verletze, fielen weg. Der deutsche Imperialismus erlangte dadurch wieder volle wirtschaftliche und finanzielle Souveränität.“¹⁷

Die britische Regierung stimmte die öffentliche Meinung weiterhin auf eine angeblich vom „roten Imperialismus“ ausgehende Gefahr ein. Papst Pius XI fiel 1930 in diesen Chor ein und rief die Gläubigen der Welt zu einem „Gebetskreuzzug“ gegen die Sowjetunion, die die Religion verfolge, auf.¹⁸

Der französische Außenminister Briand trat mit der Idee auf, Europa zu einer „föderativen Union“ gegen die Sowjetunion zusammenzuschließen. Von den deutschen Faschisten wurden solche Parolen begierig aufgegriffen. Hitler bot sich als „Erlöser der Menschheit“ von der „bolschewistischen Pestbeule“ an.¹⁹(19)

Aufrüstung statt Abrüstung

Das erste Dekret der jungen Sowjetmacht, das Dekret über den Frieden, blieb Handlungsgrundlage des ersten sozialistischen

¹⁶ ebenda, S. 441

¹⁷ Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. a.a.O. S. 224

¹⁸ Geschichte der Diplomatie, a.a.O., S. 479

¹⁹ ebenda, S. 518

Staates. Die Sowjetunion unternahm in den 1920er Jahren vielfältige Initiativen zur Friedenssicherung.

1922 kam es auf ihren Vorschlag hin zu einer Konferenz über Rüstungseinschränkung. Konkrete Ergebnisse blieben allerdings infolge der ablehnenden Haltung der Westmächte aus. Als Reaktion auf die Initiative wurde eine antisowjetische Bewegung ins Leben gerufen. Westliche Regierungen forderten die Sowjetregierung, die mit den Folgen einer schweren Mißernte zu kämpfen hatte, ultimativ auf, alle Verpflichtungen des zaristischen Regimes mit Zins und Zinseszins zu begleichen. Ein einträgliches Geschäft auf Kosten des Sowjetvolkes sollte betrieben werden. Die Sowjetdiplomatie wies dieses Ansinnen zurück.

Erneute sowjetische Vorschläge für rigorose Abrüstungsmaßnahmen wurden von den USA, Großbritannien und Frankreich lediglich zur Kenntnis genommen. Das hinderte die Sowjetdiplomatie nicht, eine Initiative für den Abschluß von Nichtangriffspakten zu unterbreiten. Mit einzelnen Ländern gelangen Abschlüsse. Großbritannien und Frankreich sperrten sich.

Deutschland, Italien und Japan beschlossen indes Aufrüstungsmaßnahmen. Deutschlands Rüstungsausgaben verdoppelten sich von 1925 bis 1929. Die Reichswehrgeneralität beschleunigte die Aufrüstung. 1928 wurde der Bau von vier Panzerkreuzern geplant, um über eine schlagkräftige Kriegsflotte verfügen zu können.

Westliche Diplomaten nutzten derweil den Völkerbund als Tribüne für eine demagogisch - pazifistische Friedenspropaganda.

Ab Ende 1927 konnte die UdSSR, obwohl nicht Mitglied des Völkerbundes, an einer Kommission mitwirken, die die Genfer Abrüstungskonferenz vorbereitete. Ende November trug dann der Stellvertretende Volkskommissar des Äußeren Litwinow den Vorschlag seines Landes zur vollständigen und allgemeinen Abrüstung vor. „In dem Falle“, so führte Litwinow u.a. aus, „daß die kapitalistischen Staaten die sofortige faktische Aufhebung der stehenden Armeen ablehnen, ist die Sowjetregierung in dem Bestreben, die Erzielung einer praktischen Übereinkunft über die

vollkommene Abrüstung zu erleichtern, bereit, den Vorschlag zu machen, daß die vollkommene Abrüstung von allen Vertragsstaaten gleichzeitig in aufeinanderfolgenden Etappen im Verlaufe von vier Jahren durchzuführen ist, wobei die erste Etappe der Abrüstung im Verlaufe des nächsten Jahres verwirklicht werden muß.

Die nationalen Geldmittel, die durch den Wegfall der Militärbudgets frei werden, verwendet jede Regierung nach ihrer Einsicht, jedoch ausschließlich für produktive und kulturelle Zwecke“. Der Vorschlag wurde von den kapitalistischen Staaten abgelehnt. 1928 unterbreitete die sowjetische Delegation Vorschläge für eine teilweise Abrüstung. Sie wurden von den Westmächten ebenfalls verworfen.

Die in diesen Jahren geführten antisowjetischen Hetzkampagnen, ob in London, Paris oder Berlin entfesselt, waren nicht zuletzt darauf gerichtet, die internationale Öffentlichkeit von den sowjetischen Friedensvorschläge für Abrüstung, für Freundschafts- und Nichtangriffspakte sowie 1931 für eine Definition des Aggressors und für erste Schritte hin zu einem System kollektiver Sicherheit ebenso abzulenken wie von den eigenen Aufrüstungsmaßnahmen. Zugleich sollten die Völker an den Gedanken eines möglichen Krieges gegen die UdSSR gewöhnt werden.

In dieser vergifteten politischen Atmosphäre erklärte Reichskanzler von Papen, Deutschland werde nicht nur die moralische Gleichberechtigung, sondern auch die praktische Möglichkeit fordern, moderne Waffen zu besitzen.²⁰ Der britische Premier Mc Donald, zunächst Mitglied der Labour Party, wegen seines Zusammengehens mit den Konservativen aber aus der Partei ausgeschlossen, sprach sich daraufhin für eine Rüstungsgleichberechtigung Deutschlands aus. Auf einer von London einberufenen Konferenz, an der Frankreich, die USA, Deutschland und Italien teilnahmen, wurde dann die „Gewährung der Gleichberechtigung“ für Deutschland offiziell verkündet.²¹

²⁰ ebenda, S. 529

²¹ ebenda, S. 530

Die Weltwirtschaftskrise erfaßte die kapitalistischen Staaten. In dieser unheilvollen Zeit warnte Ernst Thälmann vor einem Feldzug gegen die Sowjetunion. Am 1. August 1931 führte er in einer Rede u.a. aus: „Während sich im Zeichen der Krise des kapitalistischen Systems die imperialistischen Gegensätze untereinander verschärfen, während das Ringen der kapitalistischen Räuber um die Absatzmärkte der Welt immer schroffere Formen annimmt, schließt sich zugleich die Front, in der alle Imperialisten sich gegen den gemeinsamen klassenmäßigen Feind, gegen das Land der Arbeiter und Bauern, die sozialistische Sowjetunion, vereinigen.“²²

Ein besonderes Kapitel, das hier nur erwähnt werden soll, stellte in diesen Jahren die Kooperation und Kapitalverflechtung deutscher und US-amerikanischer Konzerne dar. IG-Farben, Osram, Siemens, BMW und andere Konzerne wirkten eng zusammen mit Dow Chemical, DuPont, Standard Oil, General Electric. Fast 20 US-Konzerne waren schon in den 1920er Jahren mit Niederlassungen in Deutschland vertreten. Das Zusammenwirken erstreckte sich bis in die Jahre des Zweiten Weltkrieges. Typisch: Als das faschistische Deutschland Polen überfiel, stiegen in New York die Aktien.²³

Verhängnisvolle „Beschwichtigungspolitik“

Mit der Machtübernahme durch die aggressivste Fraktion des deutschen Imperialismus und der Errichtung ihrer faschistischen Diktatur setzte die brutale Verfolgung von KPD, SPD und Gewerkschaften sowie aller Andersdenkenden ein. Obwohl den westlichen Auslandsvertretungen in Berlin und damit ihren Regierungen die Vernichtung bürgerlicher Grundrechte in Nazi-Deutschland bekannt wurde, blieb internationaler Protest aus.

Die Nazi-Führung legte zunächst alles darauf an, das faschistische Deutschland als friedliche Macht darzustellen. Friedensde-

²² Junge Welt, 9./10. August 2014

²³ Junge Welt, 28. April 2014

magogie bekam Hochkonjunktur. „Im Inneren handeln und immer vom Frieden und von der Abrüstung reden“, befahl Hitler als Richtschnur der Nazi - Propaganda.

Im Juli 1933 wurde ein „Viererpakt“ zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien vereinbart. Er sah die Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern bei auftretenden völkerrechtlichen Problemen, die Prüfung der Revision von Friedensverträgen und die Rüstungsgleichberechtigung Deutschlands vor. Das Abkommen war von Italien vorgeschlagen worden. Es wurde allerdings nie ratifiziert.

Genfer Abrüstungsverhandlungen, in denen für einen Vertragsabschluß Kriterien aufgenommen werden sollten, um prüfen zu können, ob Deutschland - hinsichtlich des Versailler Vertrages - tatsächlich Verständigungs- und keine Revisionspolitik betreibt, nahm die Nazi - Führung zum Anlaß, nicht nur die Beratungen zu verlassen, sondern auch aus dem Völkerbund auszutreten.

Vor den Reichstagswahlen im Oktober 1933 überschlug sich die faschistische Demagogie, indem sie tönte: „Mit Hitler gegen den Rüstungswahnsinn!“ Nach den Wahlen verlangte die Reichswehrführung die Ausarbeitung einer „Weisung zur einheitlichen Vorbereitung auf einen zukünftigen Krieg.“ Eine entsprechende Weisung wurde Ende 1933 von der Reichsregierung verabschiedet. Sie sah vor, die Truppenstärke des deutschen Heeres auf 300.000 Mann zu erhöhen, also zu verdreifachen.²⁴

Auf Betreiben der Faschisten wurde ein deutsch - britisches Flottenabkommen abgeschlossen. Es bedeutete die de facto - Absage an den Versailler Vertrag. Dem Abkommen zufolge durfte Deutschland nun die deutsche Rüstung 35 Prozent der britischen Flottenstärke erreichen.

Und nun ging es Schlag auf Schlag: Großbritannien und Frankreich gaben Hitler hinsichtlich der Remilitarisierung des Rheinlands nach und billigten die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

²⁴ Junge Welt, 14. Oktober 2013

Die Policy of appeasement, die Beschwichtigungspolitik Londons gegenüber dem faschistischen Deutschland erreichte mit dieser Hinnahme einen ersten Höhepunkt. Als Exponent dieser Politik wirkte der britische Premierminister Neville Chamberlain, ein Halbbruder von Austin Chamberlain. Er führte die Außenpolitik seiner Amtsvorgänger Mc Donald und Baldwin fort. Mac Donald hatte 1932 Frankreich gedrängt, den deutschen Forderungen nach einer Revision des Versailler Vertrags nachzugeben. Er gilt als „Vater“ der Appeasement - Politik.²⁵

Der rechtskonservative britische Politiker Lord Loyd konkretisierte die sowjetfeindlichen Vorstellungen: „Wir geben Japan Handlungsfreiheit gegen die UdSSR. Soll es die koreanisch-mandschurische Grenze bis zum Eismeer verschieben und sich die Fernostregion Sibiriens einverleiben. Deutschland öffnen wir den Weg nach Osten und geben ihm damit den so notwendigen Raum für Expansion.“²⁶ Den deutschen Faschismus weiter ermunternd, tönnten die britischen Tories: „Damit Britannien lebt muß der Bolschewismus sterben.“²⁷

1937 wurde im Londoner Henderson - Memorandum bekräftigt, daß eine gewisse Vormachtstellung Deutschlands in Osteuropa unvermeidlich sei. Ein deutscher Krieg gegen die „Slawen“ sei zu dulden. „Man könne sogar behaupten, es wäre nicht richtig, Deutschland daran zu hindern, seine Einheit zu vollenden und sich zum Krieg gegen die Slawen zu rüsten“, hieß es in dem Memorandum.²⁸ Lord Halifax, zu dieser Zeit stellvertretender Premier, rühmte Hitler. Der habe „viele nicht nur in Deutschland erreicht, sondern dem Kommunismus durch die Zerschlagung im eigenen Land zugleich den Weg nach Westeuropa versperrt, wodurch Deutschland zu recht als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus zu gelten beansprucht.“²⁹ Später, als

²⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Appeasement-Politik>

²⁶ Geschichte in Chronologie, Schachspiel der Mächtigen, 1919 - 1945, Teil 7

²⁷ ebenda, Teil 6

²⁸ ebenda, Teil 7

²⁹ Der Spiegel, 2/1989, W. Falin, Die Negation der Negation

britischer Außenminister, beim Zustandekommen des Münchener Diktats bekundete Halifax, die „Bereitschaft“ Londons, folgende „Operationen des Dritten Reiches“ zuzulassen: Den Anschluß Österreichs, Danzigs und der Sudeten an Deutschland. Der Vertreter der profaschistischen Kräfte in Großbritannien, Lord Astor, rief dazu auf, Deutschland in die Lage zu versetzen, „Europa vor der kommunistischen Revolution zu retten.“³⁰

Im November 1936 schlossen Deutschland und Japan ein militär-politisches Bündnis, den sogenannten Antikominternpakt. Ein Jahr später trat Italien dem Pakt bei. Obwohl der gegen die Sowjetunion gerichtet war, verstieß er in Detailfragen auch gegen Interessen Großbritanniens und Frankreichs. Ihre Regierungen protestierten jedoch keineswegs dagegen, sondern erklärten im November 1937 sogar ihre Bereitschaft, dem Block der faschistischen Staaten beizutreten.³¹

Die Politik der „Beschwichtigung“ und „Nichteinmischung“ der Westmächte ließ auch zu, daß die italienischen und deutschen Faschisten auf den Kriegsschauplätzen in Abessinien und gegen die spanische Republik das Völkerrecht mit Füßen traten, grausame Massaker verübten, Erfahrungen in moderner Kriegführung sammelten und ihr Kriegsmaterial testeten.

Verrat am Frieden

Die 1938 erfolgte Annexion Österreichs durch das faschistische Deutschland bezeichnete die britische Regierung – „wegen der mangelnden Gegenwehr“ – als „interne Angelegenheit des Deutschen Reiches und Österreichs“! Nach der Annexion Österreichs lehnte Chamberlain Garantien für die Grenzen der Tschechoslowakei ab.

Die Sowjetregierung verlangte, der Völkerbund solle unverzüglich die Folgen des Anschlusses Österreichs an das Reich beraten und politische Konsequenzen – kollektive Sicherheitsmaßnahmen

³⁰ Geschichte der Diplomatie, a.a.O., S. 643 f

³¹ Geschichte Deutschlands, Rütten&Loening, Berlin 1953, S. 100

gegen das faschistische Deutschland – ziehen. Der Appell blieb unberücksichtigt. Im August 1938 schlug Neville Chamberlain einen „historischen Bund“ mit Hitler-Deutschland vor. Großbritannien und Deutschland könnten doch „zwei Pfeiler des Friedens in Europa werden“.

Im September 1938 akzeptierten Großbritannien und Frankreich mit dem Münchener Diktat die Annexion der Sudeten. Chamberlain kommentierte nach seiner Rückkehr aus München diesen Verrat mit den Worten, er habe einen „ehrvollen Frieden“ mitgebracht: „Es ist der Friede für unsere Zeit.“³² „Nunmehr ist der Frieden auf Generationen hinaus gesichert.“³³ Wenige Monate danach okkupierte und zerschlug das faschistische Deutschland die Tschechoslowakei, die Hitler als „Bollwerk des Bolschewismus“ dämonisiert hatte. Unbeantwortet blieb der Vorschlag der Sowjetregierung an die Regierungen Englands und Frankreichs, falls Deutschland die Tschechoslowakei überfallen sollte, sofort Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Auch der sowjetische Vorschlag, eine internationale Konferenz für kollektive Hilfe für die Tschechoslowakei einzuberufen, wurde nicht akzeptiert. Frankreich zeigte keinerlei Bereitschaft, seine Vertragsverpflichtungen zum Beistand für die Tschechoslowakei zu erfüllen.

Im britischen Unterhaus verteidigte Chamberlain die Preisgabe der Tschechoslowakei.

Die faschistische Regierung in Berlin trieb weiter zum Krieg. Neue Forderungen zur „Wiederherstellung einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung“³⁴ wurden im Zusammenhang mit ultimativen Gebietsforderungen an Polen erhoben.

Auf Grund des Drucks in der britischen Öffentlichkeit sah sich nun die Regierung Chamberlain zu einem taktischen Manöver veranlaßt: Sie teilte ihre Bereitschaft mit, mit der Sowjetregierung über den von Moskau vorgeschlagenen Drei -Mächte - Pakt zu

³² <http://de.wikipedia.org/Appeasement-Politik>

³³ Geschichte der Diplomatie, a.a.O., S. 529

³⁴ Geschichte der Diplomatie, a.a.O., S. 752

verhandeln. Moskau hatte vorgeschlagen, mit Großbritannien und Frankreich einen Beistandspakt auf fünf oder zehn Jahre zu schließen. In diesem Pakt sollte die Verpflichtung aufgenommen werden, die Länder Osteuropas im Falle einer Aggression Deutschlands auf jedwede Art zu unterstützen. Im Laufe der Monate kamen vor allem von britischer Seite immer neue Ausflüchte. Chamberlain meinte, Hitler könne durch einen solchen Pakt zu einem Präventivkrieg provoziert werden.

Doch während Chamberlain und Halifax Jahre zuvor nach Berlin und Berchtesgaden geeilt waren, um Hitler, Göring und Rosenberg ihre Position der „Nichteinmischung“ gegenüber den aggressiven Plänen des faschistischen Reiches zu beteuern, schickten sie nach Moskau den Leiter des Departments für den Überseehandel und einige Experten. Nach ersten ergebnislosen Gesprächen wurden die Moskauer Botschafter Englands und Frankreichs als Gesprächspartner benannt. Der Labour - Abgeordnete und spätere Premier Attlee kritisierte den allzu langsamen Gang der Verhandlungen. Auf heftige Kritik im Unterhaus stieß auch, daß die Verhandlungen nicht durch die führenden Repräsentanten des Landes geführt wurden. Chamberlain nahm dazu nicht Stellung. Die Verschleppungstaktik bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion wurde immer offensichtlicher. Es wurden Militärmissionen nach Moskau ohne Verhandlungsvollmachten geschickt - mit einer Ausnahme: Sie seien von ihren Regierungen bevollmächtigt zu erklären, daß im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen die Sowjetunion kein Recht habe, dem überfallenen Land mit Einheiten der Roten Armee zu Hilfe zu kommen.

Vom Antikommunismus und Antisowjetismus geblendet und vom Haß gegen den ersten sozialistischen Staat erfüllt, verhinderten die führenden Politiker der Westmächte die reale Möglichkeit, die faschistischen Kriegstreiber zu stoppen. Damit trugen sie wesentlich dazu bei, daß der deutsche Imperialismus, daß das faschistische Deutschland, den verheerendsten Krieg in der bisherigen Geschichte der Menschheit entfesseln konnte.

Vom Antisowjetismus zur Russophobie

60 Millionen Menschen, darunter 27 Millionen Bürger der Sowjetunion, wurden Opfer des faschistischen Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Großbritannien und Frankreich wurden – entgegen dem Kalkül führender Politiker beider Länder – erste Ziele der von den Nazis lange geplanten „Neuordnung Europas“. Einen Vernichtungskrieg führte Hitler- Deutschland mit dem „Unternehmen Barbarossa“ gegen den ersten sozialistischen Staat. Die Sowjetunion trug die Hauptlast des Zweiten Weltkrieges. Sie leistete in der Anti – Hitler - Koalition den Hauptbeitrag zur Befreiung der Völker von faschistischer Barbarei.

Die Koalition zerbrach nach dem Krieg. Die USA waren gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen und Supermacht geworden. Ihr Präsident Truman meldet den Anspruch auf Weltführung an. Der von seiner Administration vertretene Antisowjetismus bestimmte den Inhalt der von ihm verkündeten Doktrin eines „Roll back des Kommunismus“. Die Anfang März 1946 von Winston Churchill in Fulton im US-Bundesstaat Missouri gehaltene Rede eröffnete dann den Kalten Krieg. Churchill hatte – wie bereits erwähnt – 1920 die These von einer „Weltverschwörung des Kommunismus“ aufgegriffen. In Fulton aktualisierte er die Bedrohungslüge. Die westliche Welt, so hetzte er, sei von der „kommunistischen Tyrannei“ bedroht. Die kommunistischen Parteien, die in ihren Ländern große Opfer im Kampf um die Befreiung gebracht hatten, verkettzte er als „Gefahr für die christliche Zivilisation“. Von ihm stammt in der Bewertung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges mit Blick auf Deutschland und die Sowjetunion die infame Äußerung: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“

35

Gegenüber der Sowjetunion blieb der Antisowjetismus die politische Grundposition führender westlicher Politiker in der Nachkriegszeit. Zahlreich waren die Pläne der USA und der NATO für Nuklearschläge zur Vernichtung der Sowjetunion. Das annä-

³⁵ www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/großbritannien

hernde militärische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA verhinderte atomaren Wahnwitz. Es erwies sich als solider Faktor des Friedenserhalts.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind die Völker der Welt mit imperialistischen Weltordnungskriegen und in deren Folge mit der Destabilisierung ganzer Regionen konfrontiert. Der Wegfall des Friedensfaktors Sozialismus war mit katastrophalen Folgen verbunden. Die USA im Bündnis mit den anderen Westmächten schienen in ihrer Weltmachtrolle unantastbar.

Unter der Präsidentschaft von Bush sen. wurde der „No Rivals Plan“ zur Handlungsgrundlage – auch künftiger Administrationen. Nach diesem Plan gelte es, „dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.“ Ins Visier des Pentagons - Strategen rückte mit der Präsidentschaft Putins Russland. Der während der Ära Jelzin mit der Ausplünderung des Volksvermögens durch Oligarchen und der Dauerkrise der Volkswirtschaft verursachte Niedergang der Russischen Föderation wurde nicht nur gestoppt. Es gelang auch, Russlands nationale Interessen zu sichern und das Land wieder auf den Weg einer Großmacht zu führen. Angriffe auf seine Souveränität und seine nationalen Interessen wurden entschieden zurückgewiesen. Das geschah besonders als deutlich wurde, daß die Bemühungen der russischen Politik um ehrliche Partnerschaften, um Zusammenarbeit und Ausgleich im Interesse des Friedens von den USA und Westmächten systematisch sabotiert wurden.

Gegen alle früheren Verträge drang die NATO, geführt von den USA an die Grenzen Russlands vor, wurden die Realisierung des sogenannten Raketenabwehrschildes – eine Bedrohung für Russlands Sicherheit – forciert und ausgehandelte Abrüstungsverträge nicht ratifiziert. Die Blockkonfrontation war zwar beendet, aber bei westlichen politischen Eliten waren ideologische Vorbehalte, Mißtrauen u.ä. nicht ausgeräumt. Der Antisowjetismus hatte unerschwellig eine Metamorphose zur Russophobie durchlaufen.

Insbesondere mit der vom Westen organisierten Krise in und um die Ukraine, mit dem Ziel diese gegen Russland in Stellung zu bringen, verschärfte sich die Situation. Mit einem Staatsstreich

wurde in Kiew ein russlandfeindliches Regime installiert, in dem radikal - nationalistische und faschistische Elemente wichtige Posten einnahmen.

In dieser Situation entschied sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Krim in einem Referendum für die Aufnahme in die Russische Föderation. Die russische Regierung hat diesem Ersuchen - auch im Interesse der nationalen Sicherheit - Rechnung getragen.

Die USA - Administration, die EU und die Führung der NATO entfalteten eine wüste Hetzkampagne gegen Russland und seinen Präsidenten Wladimir Putin, die sich in dem Maße steigerte, wie die eigene Ohnmacht deutlich wurde. Mit ihrer Kriegshysterie erinnert sie an die Zeiten des Kalten Krieges, und an die Stelle des Antisowjetismus trat die von Lügen und Verdrehungen bestimmte Russophobie.

Mit haßerfüllten Kassandrarufen zur Beeinflussung der internationalen Öffentlichkeit wurde dem russischen Präsidenten unterstellt, er wolle einen Weltkrieg führen. Eine russische „Invasion der Ukraine“, ja Europas, wurde konstruiert. Die „euro - atlantische Gemeinschaft“ sei bedroht, hieß es!

Die USA und die von ihnen gedrängte EU eröffneten mit Sanktionen einen Wirtschaftskrieg gegen Russland.

Die NATO nutzte diese angeheizte Atmosphäre, um vor allem in den baltischen Staaten und in Polen zusätzliche Hauptquartiere und Stützpunkte einzurichten und Truppeneinheiten dort- hin zu verlegen. Provokatorisch angelegte Manöver wurden in der Ukraine und im Schwarzen Meer durchgeführt.

Welch eine Anmaßung hat der Friedensnobelpreisträger, US-Präsident Obama zum Ausdruck gebracht, als er so weit ging, Sinn und Ziel der gegen die Graueultaten der IS-Islamisten zu bildenden Koalition der Willigen und Billigen mit den Worten zu umreißen: „Die amerikanische Führungsrolle ist die einzige Konstante in einer unsicheren Welt. Es ist Amerika, das die Fähigkeit und den Willen hat, die Welt gegen die Terroristen zu mobilisie-

ren. Es ist Amerika, das die Welt gegen die russische Aggression um sich gesammelt hat.“³⁶

Offensichtlich ist die Verblendung und die Erkenntnis der eigenen Konzeptionslosigkeit so groß, das Drohung und Gewalt als einzige Lösung für Konflikte erscheinen.

Gewiss – die Front derer, die das politische Klima in Europa und in der Welt mit einer aggressiven Russophobie vergiften ist nicht allmächtig und es gibt Spaltungen, abwartendes Verhalten; Zögerlichkeit und auch Gegenwehr.

Trotzdem ist die Frage zu stellen, wie groß der Schaden sein wird, der durch diese verantwortungslose Politik – ohne Bedenken der historischen Erfahrungen und moralischen Verpflichtungen – auf lange Sicht für die Beziehungen mit Russland, dem natürlichen Partner in Europa in Zeiten der Globalisierung ange richtet wird. Wer kann ermessen welche Verwirrungen und Verirrungen damit im Denken und Fühlen der Menschen angerichtet werden.

³⁶ www.yy.welt.com/tag/usa, Junge Welt, 16. September 2014